



liche der kommunistischen Thesen und die für Frankreich anzuwendenden Bedingungen enthalten werden. Diese Resolution sei als die allein der Lehre und der Taktik der kommunistischen Internationale entsprechende zu betrachten. Die Tausende von Sozialisten, die sich der dritten Internationale anschließen wollten, müßten für sie stimmen.

### Auch Rumänien.

Bukarest, 24. Oktober. Auf die Drohung der sozialistischen Partei mit dem allgemeinen Ausstand in Form eines Ultimatum hat die Regierung erklärt, daß eine Besserung der Lage der Arbeiter nur schrittweise mit der Besserung der allgemeinen Lage möglich sei. Als Antwort auf den Eisenbahnerausstand hat die Regierung die Mobilisierung aller militärpflichtigen Eisenbahner angeordnet, den Belagerungszustand verhängt, die Pressezensur wieder eingeführt, die sozialistischen Abgeordneten und Anhänger Moskaus, Dragu und Tanajo, sowie die hauptsächlichsten Führer der Gewerkschaften verhaftet und die Geschäftsstellen des Gewerkschaftsausschusses geschlossen. In der Hauptstadt und in der Provinz herrscht Ruhe. Der Zugverkehr wird durch technische Truppen aufrecht erhalten.

## Die Kommunisten und wir.

Von Walter Stoecker.

(Schluß.)

Die Berliner „rote Fahne“ brachte einen Leitartikel nach dem andern über den Austritt aus den Gewerkschaften, den Kampf durch Sabotagemittel und dergleichen mehr. Der Syndikalismus machte sich immer breiter, Gefühls-politik und Phrasen herrschten immer mehr, Sabotage, Föderalismus, Hege gegen alle Führer, Unionismus, das waren die Parolen. Dazu kam der Nationalsozialismus Lausbergs und Wolfheims, der immer mehr die Köpfe verwirrte. All das, was Lenin in seiner Broschüre sehr gut die „Kinderkrankheit“ des Kommunismus nennt.

Aus allen diesen Gründen trat eine immer härtere Entfremdung zwischen den linken marxistischen Elementen und der K. P. D. ein, so daß kaum noch persönliche Beziehungen zwischen den leitenden Genossen der beiden Lager bestanden. So blieb die K. P. D. eine kleine Sekte mit allen üblen Begleiterscheinungen, während unsere Partei immer mehr das Sammelbecken der revolutionären Arbeiter-massen wurde. Es ist richtig, daß die Illegalität den Kom-munisten eine erfolgreiche Organisationsarbeit erschwerte, aber weit mehr waren es die erwähnten politischen Gründe, die das Gros der revolutionären Arbeitermassen von ihr abhielt.

Es ist das große Verdienst der einsichtigen kommunistischen Führer, daß sie im Herbst vergangenen Jahres einsehen, daß diesem völlig unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht werden müsse, wenn nicht ihre Partei ganz ins syndikalistische Fahrwasser gedrängt werden sollte, wozu sie damals auf dem besten Wege war. In dieser Situation trat der zweite Parteitag der K. P. D. Ende Oktober in Heidelberg zusammen. Der Kampf ging hauptsächlich um den Parlamentarismus, die Gewerkschaftsfrage und die Rolle und die Aufgaben der Partei. Die marxistische Zentrale war entschlossen, endgültig mit den syndikalistischen Elementen zu brechen. In seinem Referat über die politische Lage rechnete Paul Levi scharf mit deren Führern und ihren Fehlern ab. Folgende Sätze aus seiner Rede kennzeichnen die Lage: „Die kommunistische Partei ist dermaßen die Truppen zu führen, die die kapitalistische Diktatur nehmern sollen. Und wir müssen ohne Verschönerung und ohne Haß und ohne Uebertreibung feststellen, inwiefern die Partei dieser Aufgabe gerecht geworden ist. Wir müssen feststellen: die Partei ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung; die Partei ist von ihrem klaren Wege, dem marxistischen Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen im Begriff. Die Partei ist hingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Wort Syndikalismus... Und ich sage weiter. Die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Und hier muß Wandel geschaffen werden. Was auch kommen mag, das Schlimmste, wenn es kam, es könnte nicht schlimmer sein als das, was ist.“

### Haben Sie

schon die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ bei Ihrer Postanstalt bestellt, damit Sie das Organ der U. S. P. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

### Zeitungsbestellung

zu den

## Postamt

Hier.

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Material!

Die Zentrale hatte dem Parteitag so klare marxistische Leitsätze vorgelegt, daß die syndikalistischen Elemente zu einer Stellungnahme gezwungen wurden. Wie bekannt, kam es zu der erfreulichen und rücksichtslosen Ausschreibung dieser Teile der Partei, die sich dann meist in der K. P. D. zusammenschlossen, während einzelne, wie die Nationalsozialisten Lausberg und Wolfheim, später ihre besonderen Wege gingen. Die auf diesem Parteitag beschlossenen sogenannten „Heidelberg Leitsätze“ bedeuten eine klare Absage an die Politik, die die K. P. D. im ersten Jahre ihres Bestehens betrieben hatte. So heißt es in diesen Leitsätzen: „Die K. P. D. kann auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.“ „Die politische Partei ist zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen.“ „Die Herausnahme der vorgeschrittenen Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats läßt und unterbindet die Schlagkraft der Massen.“ „Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden.“ „Die K. P. D. verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel.“ In übrigen sind die gesamten Leitsätze über „Kommunistische Grundsätze und Taktik“, „Parlamentarismus“, „Gewerkschaftsbewegung“ so klar marxistisch, daß auch wir für Wort unterzeichnen können, stimmen sie doch im Geiste grundsätzlich völlig mit unserm Leipziger Aktionsprogramm überein. Nach diesen Leitsätzen hat dann die kommunistische Partei seit etwa

## Parteigenossen!

Ihr seid verpflichtet, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ zu lesen.

Ihr seid verpflichtet, Mitglieder der Verlags-Genossenschaft zu werden.

Ihr seid verpflichtet, alle Veranstaltungen der Partei (Mitglieder-, Distrikts-, öffentliche Versammlungen) zu besuchen.

Disziplin ist die Voraussetzung des proletarischen Sieges!

einem Jahre gearbeitet. Es ist darüber zu schweren Kämpfen innerhalb der kommunistischen Reihen gekommen, die trotz mancher üblen Begleiterscheinung, die sich übrigens jetzt auch bei dem Kampf in unsern Reihen zeigen, zu einer Klärung geführt haben. Monatelang dauerte dieser Kampf um den Marxismus. Viele der sogenannten „linken Kommunisten“ haben ihre Fehler eingesehen, die übrigen sind ausgezeichnet worden, so daß jetzt die K. P. D. eine klare, marxistische, revolutionäre Partei ist, von der uns nur einige kleinere taktische Fragen trennen. Manche Begleiterscheinungen der Taktik des ersten Jahres hat die K. P. D. immer noch nicht ganz überwunden. Daß ferner die Grenzen von zwei verschiedenen Parteien an sich schon manche Reibungen (Schaff) bei denen haben wie trüben manche Fehler gemacht werden, ist erklärlich. Dagegen ja auch zum Teil immer noch in einzelnen Bezirken das etwas gespannte Verhältnis zwischen der kommunistischen und unserer Seite, wobei eben unsere Genossen nie vergessen sollten, daß auch wir manche Fehler begangen haben, über die noch zu sprechen sein wird. Und daß die kommunistische Partei trotz ihrer Irrungen und Wirrungen viele der besten, ehrlichen und opferwilligsten revolutionären Elemente enthält und ein hart vorwärts treibender Faktor der deutschen Revolution war.

Die K. P. D. hat ihre Kinderkrankheiten überwunden, sie steht theoretisch jetzt mit seinem Programm da und ist auch nach der Wahlbeteiligung in diesem Jahre im Begriff, sich organisatorisch zu bereinigen. So können und dürfen wir sie heute als eine revolutionäre Bruderpartei betrachten, mit der wir eine Verbandsung und Vereinigung auf Grund des gemeinsamen Bekenntnisses zur dritten, kommunistischen Internationale suchen müssen.

## Republik Deutschland

### Deforation.

Die Oberrepublik schenkt ihr Heim. Sie verschafft sich alsbald alle die Einrichtungen, die in eine ordentliche Republik hineingehören. Jetzt hat sie dem Reichstag einen Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof vorgelegt. Dieser soll, wie ähnliche Gerichte in den europäischen Republiken, über Verfassungs- und Verwaltungsgeschäften entscheiden, über die Klagen gegen Minister, den Reichspräsidenten und den Reichskanzler zu Gericht sitzen und schließlich auch der außerordentlichen Gerichtshof über die Kriegsverbrechen sein. Der Staatsgerichtshof wird beim Reichsgericht eingerichtet. Präsident ist der Reichspräsident. Über die Klagen gegen den Reichspräsidenten und den Reichskanzler entscheiden 15 Richter, von denen fünf die Präsidenten der höchsten Gerichte Deutschlands sind und je 5 vom Reichstag und Reichstag gewählt werden.

Als eine höchst würdevolle Körperschaft mit höchst bedeutungsvollen Funktionen. Schade nur, daß diese würdevolle Körperschaft wohl niemals in die Lage kommen wird, ihre bedeutungsvollen Funktionen zu üben. Die Klagen über die Verletzung der Kriegsverbrechen sind tatsächlich längst geschlichtet, mögen sie auch formell noch weiter geführt werden. Und die Möglichkeit, Ministerklagen zu erheben und zu entscheiden, liegt, wie das Beispiel aller demokratischen Republiken zeigt, auf dem Papier.

Der ganze Staatsgerichtshof ist genau so, wie das allgemeine Staatsrecht, wie der Ballenstich in der bürgerlichen Republik, nur ein Mittel der formalen Demokratie. Die Ko-

nomische Abhängigkeit und Ausbeutung des Proletariats diesem zu verschleiern. Der Staatsgerichtshof soll ihm eine Macht vorkauken, die es tatsächlich nicht hat, die Macht durch vom „Volke“ gewählte Richter selbst über die höchsten Beamten des Reichs, selbst über Fritz Ebert zu Gericht zu sitzen. Würde der Gerichtshof wirklich jemals zusammentreten, er würde sich als völlig machtlos erweisen. Missetände, die im System des bürgerlichen Staates selbst begründet sind, abzuändern, er würde vielleicht die Person eines Ministers treffen, damit das System nur um so mehr gefestigt werde.

Das Sicherheitsventil, das sich die „Demokratie“ gegen die Bürokratie schafft, würde in der Praxis nur ein Mittel mehr für die Konterrevolution werden, ihre Position zu stärken.

Das Proletariat braucht keine Staatsgerichtshöfe der bürgerlichen Demokratie, es braucht die politischen Arbeiterräte, durch deren Gerichtskommissionen wird es über alle die, die sich an ihm schuldig gemacht haben, ohne den großen Apparat von 15 höchsten Richtern mit aller Strenge zu Gericht zu sitzen.

### Auch eine Folgeerscheinung des Stahlbades.

Der Reichsminister der Finanzen legt dem Reichstage eine Denkschrift vor, die unfreiwillig einmal mehr die Wirkungen des großen Stahlbades auf breite Volksteile beleuchtet. Diese Denkschrift weist auf die großen Gefahren hin, die heute mit dem Beruf der Grenzwächter verbunden sind und versucht, die besonderen Zuwendungen, die den Grenzwächtern heute durch die Regierung gemacht werden, zu rechtfertigen. Die amtliche Darstellung des heutigen Schmugglerbetriebes in den Grenzbezirken liest sich geradezu wie eine phantastische durchdränkte Schilderung echt mexikanischen Bandenlebens. Es heißt darin wörtlich:

„In neuester Zeit sind die Anforderungen an manchen Grenzstreifen, insbesondere an der See Küste und an der holländischen Grenze, in einer Weise verschärft worden, wie früher kaum jemals gedacht werden konnte. Die Schmuggler, kriegerisch und zum Teil bewaffnet, treten in Massen von Tausenden von Personen auf und unter Bildung von Banden von 100 Mann und mehr. Aus der militärischen Durchbildung des Volkes ergibt sich von selbst ohne besondere Verabredung dieser auftretenden Massen häufig das Bild einer kriegerisch marschierenden Truppe mit Vorhut, Seitenbedeckung und Nachhut. Radioreparaturkassen klären auf, Spürhunde durchstreifen das Gelände und sichern die Transporte; das Signal- und Nachrichtenwesen funktioniert munterhaft.“

Bisher sind ja über dieses Schmugglerwesen in den Grenzbezirken allerhand Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, aber man war versucht, sie immer für die Uebertreibungen eines phantastiebegabten Journalisten zu halten. All diese Darlegungen werden aber durch den amtlichen Bericht weit übertroffen, wobei als besonders wertvolles Eingeständnis zu beachten ist, daß diese Erscheinung in der Hauptsache auf die „militärische Durcbildung“ zurückgeführt wird. Vielleicht denkt die „Deutsche Tageszeitung“, die eben erst anlänglich des Geburtstages der Erzherzogin behauptet, erst die Hohenzollern hätten das deutsche Volk zu seiner Blüte emporgeführt, über diesen amtlich festgestellten Kaufmann etwas nach.

### Der Segen der Arbeitsgemeinschaft — für das Kapital!

Den U. S. P. - Arbeitern zur Kenntnis.

Kürzlich teilte der Kruppische Direktor Dr. Sorge einem Mitarbeiter der „Deutschen Bergwerkszeitung“ seine Auffassung über die Arbeitsgemeinschaften mit und führte dabei u. a. folgendes aus:

„Ich sehe nach wie vor und mit mir die große Anzahl meiner Freunde auf dem Standpunkt, daß der Arbeitsgemeinschaftsgedanke eine der wesentlichsten, wenn nicht die allerwesentlichste Grundlage für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens bedeutet und sehe es als eine direkt lebenswichtige Aufgabe für jeden Industriellen an, die zweifellos notwendige weitere Stärkung der Arbeitsgemeinschaft mit besten Kräften zu fördern. Ich habe die feste Hoffnung, daß die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft als gesichert gelten kann. Sie wird nach meiner Ueberzeugung auch kräftig genug sein, um die uns zweifellos noch bevorstehende schwere Zeit der nächsten Monate und Jahre zu überdauern.“

Wenn die Kapitalisten die Arbeitsgemeinschaft loben, weiß man, für wen sie Segen bringt.

### Schnelljustiz in Württemberg.

Gegen die Anhänger der kommunistischen Internationale.

Das Preussische Justizministerium hat an die Staatsanwälte die Anweisung ergeben lassen, Strafverfolgungen einzuleiten gegen die Anhänger der kommunistischen Internationale. In Württemberg zeigt die Justiz löblichen Eifer, in ihrer staatsbehaltenden Tätigkeit dem Preußen nicht nachzusehen. Genosse Paul Böttcher, der politische Redakteur des Stuttgarter „Sozialdemokrat“, bekam am 21. Oktober vom württembergischen Amtsgericht einen Strafbefehl auf 4 Wochen Haftstrafe zugesellt. Böttcher soll im Mai dieses Jahres anlässlich einer Kundendemonstration der Stuttgarter Arbeiter gegen eine Ministerialverordnung des damaligen rechtssozialistischen Innenministers Heymann, fetigen Angebührens, verstoßen haben. Diese Verfügung stand jedoch im Widerspruch mit den Reichsgesetzen. Sie stützt sich auf den Aneinanderzustand, der in Wirklichkeit gar nicht bestand. Das Gericht hatte scheinbar auch die Unhaltbarkeit der Anklage eingesehen und die Sache auf sich beruhen lassen. Jetzt plötzlich taucht die Anklage wieder auf. Ohne jede vorherige Verhandlung spricht das Gericht die obige Strafe aus. Das Amtsgericht hat auf die Anweisung von oben, die Anhänger der kommunistischen Internationale anschnell zu machen, sehr prompt reagiert. Die Arbeiter werden der württembergischen Regierung antworten.

### Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.

# Kapitalistische Wirtschaft.

## Die hohen Kartoffelpreise — das Schnapskapital.

Die „Leipziger N. N.“ bringen folgende Notiz:  
 „Die hohen Kartoffelpreise.“ Zu unserem Artikel „Kartoffel-  
 sorgen“ wird uns geschrieben: „Die Hauptquelle an die hohen  
 Preisen tragen die Aufkäufe für die Brennereien. Da die  
 Spirituspreise so hohe sind, werden für den Zentner Kartoffeln  
 50-70 Mk. geboten. Es müßte doch eine Handhabe geben, solche  
 Aufkäufe zu unterbinden.“

Wenn man berücksichtigt, daß bei einer Spiritushebung  
 von deutschen Schiefern in Holland für einen Liter hochpro-  
 zentigen Spiritus 80 Mk. gezahlt wurden, so ist leicht zu er-  
 kennen, welche Riesengewinne die Spiritusbrennereien beim  
 Verbrennen der Kartoffeln einstreichen. Daß die Regierung  
 hier eingreift, ist ausgeschlossen, denn die Freunde der Schnaps-  
 brenner sitzen ja in der Regierung.

## Ueber die Kursentwicklung der polnischen Markt

schreibt die „Danz. Ztg.“: Seit nunmehr etwa einem Jahr  
 ist Danzig der Hauptmarkt für polnische Noten, für die an-  
 fangs längere Zeit über 100 deutsche Mark für 100 polnische  
 bezahlt wurden. Nach und nach sank der Kurs, zunächst auf  
 60 und in den letzten Wochen des vergangenen Jahres gar  
 bis auf 40. Auf diesem Kursstand bewegten sich polnische  
 Noten auch noch zu Beginn des neuen Jahres. Das Inkraft-  
 treten des Friedensvertrages ließ den Kurs anziehen; er kam  
 Mitte Januar bis auf 65-70. Auch zur Zeit der Dan-  
 ziger Messe hielt er diesen Stand inne, wenn er sich auch  
 inzwischen bis auf 50 abgeschwächt hatte. Mitte März stand  
 er bis 59-61, fiel dann aber langsam und wurde Anfang  
 April nur noch mit 44-46 bewertet. Mitte April gar nur  
 noch mit 32-33. Gegen Ende April erholte er sich bis  
 auf 40-44, fiel dann aber in der ersten Maihälfte bis auf  
 25. Mit vorübergehenden kleinen Schwankungen hielt sich  
 der Kurs etwa auf dieser Höhe, bis am 7. Juli ein neuer  
 Sturz, diesmal bis auf 15 1/4 eintrat. Nach geringer Er-  
 holung, die ihn aber nie über 23 steigen ließ, folgte ein  
 weiterer Sturz und diesmal gar am 6. August bis auf 18.  
 Bis Ende September zog er dann langsam wieder bis auf  
 21 an und ungefähr auf dieser Höhe hält er sich auch noch An-  
 fang Oktober.

## Steigende Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Wie die „Wirtschaftlichen Nachrichten des Handels-  
 museums“ melden, verlickerterte die seit dem Steigen der  
 Kronenwährung allmählich eingetretene Absatzflaute für die  
 deutsch-österreichische Industrie auch wiederum die Lage auf  
 dem Arbeitsmarkt. Wenn es trotzdem durch mehrere Monate  
 gelungen ist, die Arbeitslosenzahl in Wien nicht über 35 000  
 ansteigen zu lassen, wovon gegenwärtig 20 000 staatliche  
 Unterstützung genießen, so ist dies nur dem Umstande zu ver-  
 danken, daß sich die Arbeiter in vielen Betrieben, um Massen-  
 entlassungen zu verhüten, mit einer Herabsetzung der Arbeits-  
 stunden einverstanden erklärten. In einzelnen Industriezweigen, wie in  
 manchen Betrieben der Metallindustrie, wird nur ungefähr 20  
 Stunden in der Woche gearbeitet. Die einzige Gruppe, die gegen-  
 wärtig aus der Zahl der unterstützten Arbeitslosen aus-  
 scheidet, sind die Angehörigen geistiger Berufe. Groß ist der-  
 zeit noch die Zahl der staatlich unterstützten kaufmännischen  
 Angestellten, der Handlungsgehilfen, Kaufburken, Ver-  
 käuferinnen, die sich auf 2062 belaufen. Am größten ist die  
 Zahl der Arbeitslosen unter den Metallarbeitern und Hilfs-  
 arbeitern, deren es 6000 staatlich Unterstützte und über  
 8500 Arbeitsuchende gibt. Eine genügende Vorsehung  
 Deutschösterreichs mit Kohle und anderen Rohstoffen könnte  
 leicht mindestens 100 000 Arbeitern mehr Beschäftigung ver-  
 schaffen als bisher, besonders da in Deutsch-Österreich vor  
 dem Kriege zahlreiche ausländische Arbeiter beschäftigt waren,  
 die derzeit wegen der ungünstigen Verhältnisse nicht

mehr ins Land kommen. Bemühungen, den deutsch-öster-  
 reichischen Arbeitern im Auslande, z. B. in Frankreich oder  
 Südamerika, Beschäftigung zu beschaffen, führten bisher zu  
 keinem befriedigenden Ergebnis.

# Soziales.

## Wie es bei den Massen zu geht.

Man weiß, daß Prostitution und Kuppelei  
 unter dem Deckmantel „Masseurin“ betrieben werden;  
 und zwar ausschließlich aus dem Grunde, weil die bürger-  
 lichen Blätter doch nicht in ihrem Inseratenteil ausdrücklich  
 ankündigen können, in welchen Wohnungen die Prostitution  
 ausgeübt wird. Es wurde deshalb die Umschreibung gewählt,  
 daß unter den in den Blättern genannten Adressen „Masseurinnen“  
 ihr Gewerbe ausüben.

Die Wiener Polizei hat sich nun für Masseurinnen,  
 die in den bürgerlichen Blättern annoncieren und gut zahlende  
 ständige Kunden sind — allen voran geht das „Neue Wiener  
 Tageblatt“ — interessiert und dabei gefunden, daß von  
 Masseurinnen, die die Kuppelei betreiben,

## ganz junge Mädchen zur Prostitution

getrieben werden. So hat die sechsundfünfzigjährige, in der  
 Domgasse wohnende Marie Liebermann außer aus anderen  
 Mädchen aus ihrer eigenen Tochter eine Prostituierte gemacht  
 und auch die Tochter mußte wie die anderen Mädchen die  
 Hälfte ihrer Einnahmen der Liebermann abführen. Die Polizei  
 erfuhr, daß bei der Liebermann oft ein ganz junges Mädchen  
 gesehen wurde. Sie forschte nach und entdeckte das Mädchen.  
 Es ist eine siebzehnjährige Handelsschülerin. Sie ist verwaist  
 und wurde bei ihrer Tante aufgezogen. Die Tante hat das  
 Mädchen zur Liebermann gebracht; die Liebermann, die Tante  
 und eine zweite Tante des Mädchens wurden wegen Ver-  
 brechens der Kuppelei verhaftet.

Bei der dreieinzigjährigen Aloisia Werner in der Sal-  
 vatorgasse wurden drei Mädchen angetroffen, von denen zwei  
 sofort in das Spital gebracht werden mußten. Eine Be-  
 dienerin hat der Werner ihre eigene siebzehnjährige Tochter  
 zugeführt und hat auch selbst an dem Treiben in dem Salon  
 Anteil genommen. Die Mutter mußte in das Spital gehen  
 werden, die Werner wurde dem Landesgericht eingeliefert.

Bei der „Masseur“ Walpurga Karas in der Kurrent-  
 gasse wurde eine fünfzigjährige Frau, eine dreißigjährige Frau  
 und eine dreizehneinhalbjährige Bürgerschülerin angetroffen,  
 die Tochter einer außer Hause beschäftigten Weißnäherin.  
 Was für ein Schicksal diesem Kinde zugebracht war, geht  
 daraus hervor, daß die Karas selbst vor zwei Jahren wegen

## Verkuppelung ihrer eignen Tochter

zu sechs Monaten verurteilt worden ist. Das Kind wurde  
 dem polizeilichen Jugendheim übergeben. Wie gut das Ge-  
 schick der Karas ging, erkennt man daran, daß sie gegen-  
 wärtig in Unterhandlung steht, um ein Haus für 175 000  
 Kronen zu kaufen. Sie wurde dem Gericht angezeigt.

# Aus der Partei.

## Der Eindruck des Halleischen Beschlusses in Italien.

Das Zentralorgan der italienischen Sozialistischen Partei,  
 der „Avanti“, schreibt am 10. Oktober über den Parteitag  
 in Halle:

„Der Halleische Parteitag der Unabhängigen Sozial-  
 demokratie Deutschlands hat sich mit einer Mehrheit von 80  
 Stimmen für den Anschluß an die kommunistische Inter-  
 nationale entschieden. Die Entscheidung kam denen nicht un-  
 erwartet, die den wahren Geisteszustand der großen Masse

des deutschen Proletariats kennen, das von Marx und seinen  
 unmittelbaren Schülern den Sozialismus gelernt hat. Die  
 Entscheidung befriedigt alle die, welche glauben, daß der  
 Anschluß an die große Moskauer proletarische Organi-  
 sation der schnellste und sicherste Weg ist, um in den  
 einzelnen Ländern die Möglichkeit der Weltrevolution zu  
 schaffen. Während die als Sozialisten verkleideten Klein-  
 bürger in Kassel zusammenkamen und dort als höchstes Ziel  
 ihren Eintritt in eine bürgerliche Regierung hinstellten, sah  
 also auf die Wiederholung des Experimentes einrichten, das  
 für immer mit dem Namen des Proletariatschlächters Kozle  
 verknüpft ist — während der rechte Flügel der Unabhängigen  
 zwar nicht wagt, offen den Kommunismus zu verleugnen,  
 aber doch das einzige Land der Welt verleugnet, das sich  
 eine kommunistische Regierung gegeben hat — hat der linke  
 Flügel der Unabhängigen, im Sinne von Moskau, ohne  
 Zögern, den Kommunismus als Ziel und die Diktatur des  
 Proletariats als Mittel dazu, proklamiert. Damit sind er-  
 ledigt die schlecht verhehlten Hoffnungen des Bürgerturns  
 und seiner sozialdemokratischen Diener auf eine reformistische  
 Neuorientierung der Unabhängigen; erledigt ist damit die  
 Möglichkeit, die dritte Internationale in Europa zu isolieren,  
 sie als die Schöpfung einer moskowitzischen Sekte zu be-  
 zeichnen und nicht als das Werk der hervorragendsten sozia-  
 listischen Parteien aller Länder. Man kann auch nicht sagen,  
 daß der Wille zum Anschluß an Moskau bei der Mehrheit  
 der Delegierten in Halle erst durch die Rede Sinowjews  
 erzeugt worden ist, denn die Delegierten kamen bereits nach  
 Halle mit dem bestimmten Auftrag ihrer Organisationen.  
 Sie hatten sich schon für oder gegen Moskau entschieden,  
 noch bevor Sinowjew gesprochen hatte. Als schon am ersten  
 Tag des Parteitages eine vorläufige Abstimmung stattfand,  
 die den beiden Richtungen Gelegenheit bot, die Stärke ihrer  
 Anhänger zu zählen, da ergab sich dasjenige Stimmenverhältnis  
 wie nachher bei der abschließenden Abstimmung. Damals  
 hatte aber Sinowjew noch gar nicht den Boden Deutschlands  
 betreten. Aber auf jeden Fall muß man die lange und  
 durchdachte Rede Sinowjew als die maßgebende Auslegung  
 der von Rußland gestellten Bedingungen ansehen. Die  
 Halleischen Beschlüsse werden ohne Zweifel großen Ein-  
 fluß auf die kommenden Entscheidungen der westlichen  
 Parteien ausüben. Indem das deutsche Proletariat ent-  
 schlossen den Weg einschlug, der ihm durch seine großen  
 Traditionen gewiesen ist, hat es dem Proletariat der anderen  
 Länder, dessen Lehrer es schon früher war, gezeigt, wo es  
 sein Heil zu finden hat.“

# Provinz.

## Ströbel.

Am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, fand  
 in Ströbel eine öffentliche Volksversammlung statt, in der  
 Genosse Gruschwitz über das Thema: „Was hat das  
 deutsche Proletariat von der gegenwärtigen Situation zu  
 erwarten?“ sprach. Die Versammlung, die nicht nur von  
 den Ströbeler Arbeitern, sondern auch von Landarbeitern  
 der umliegenden Orte gut besucht war, spendete den Aus-  
 führungen des Genossen Gruschwitz lebhaften Beifall, als er  
 nachwies, daß der Kapitalismus im Zusammenbruch begriffen  
 sei, daß aber, wenn die Arbeiterklasse nicht rechtzeitig zugreife,  
 um aus der zusammenbrechenden Wirtschaft soviel wie mög-  
 lich für die kommende sozialistische Wirtschaft zu retten, der  
 kapitalistische Staat unter seinen Trümmern die letzten Werte  
 begraben würde.

In der Diskussion sprach noch Genosse Kiedel-Frei-  
 burg, der die Ausführungen des Referenten ergänzte. Von  
 gegnerischer Seite meldete sich — wie gewöhnlich — niemand.

Im Schlußwort geißelte der Referent das Vorgehen der  
 deutschen Regierung gegen die russische Delegation.

# Rosa Luxemburg

Briefe aus dem Gefängnis.  
 Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-  
 internationale\*)  
 (Die Briefe sind an Frau Sophie Liebknecht gerichtet.)

Aus Leipzig. Leipzig, 7. 7. 16.

Meine liebe kleine Sonja!  
 Es ist heute eine drückende feuchte Hitze, wie meist in  
 Leipzig. — Ich verträge so schlecht die Luft hier. Ich  
 saß vormittag zwei Stunden in den Anlagen am Teich und  
 las im „Reichen Mann“\*\*\*). Die Sache ist brillant. Ein  
 alles Mütterchen setzte sich neben mich, tat einen Blick auf  
 das Titelblatt und lächelte: „Das muß ein feines Buch sein.  
 Ich lese auch gern Bücher.“ Bevor ich mich zum Lesen hin-  
 setzte, prüfte ich natürlich die Anlagen auf Bäume und Sträucher  
 hin, — alles bekannte Gestalten, was ich mit Befriedigung  
 feststellte. Die Berührung mit Menschen befriedigt mich da-  
 gegen immer weniger; ich glaube, ich werde mich doch bald  
 ins Anachoretentum zurückziehen, wie der hl. Antonius, aber  
 — sans tentations mehr. Seien Sie heiter und ruhig.

Herzliche Grüße  
 Den Kindern viele Grüße. Rosa.

Aus Berlin. Berlin, den 5. 8. 1916.  
 (Gefängnis in der Barnimstraße.)

Meine liebe kleine Sonja!  
 Heute, am 5. August, erhalte ich soeben Ihre beiden  
 Briefe zusammen: den vom 11. Juli (II) und den vom 23. Juli.

\*) Verlag für die deutschsprachigen Länder Verlag Junge Garde,  
 Berlin C 2, Stralauer Straße 12.  
 \*\*) Diese Karte ist die einzige Karte aus der Freiheit. Am  
 10. 7. 16 erfolgte R. L.'s Verhaftung.  
 \*\*\*) Der „reiche Mann“, von Galsworthy.

Sie sehen, die Post zu mir geht länger als nach New York.  
 Inzwischen habe ich auch die Bücher getriegt, die Sie mir  
 geschickt hatten und ich danke Ihnen für alles aufs herzlichste.  
 Es tut mir sehr weh, daß ich Sie in Ihrer Lage verlassen  
 mußte; wie gern möchte ich mit Ihnen im Feld wieder ein  
 wenig schlendern oder im Erker in der Küche auf den Sonnen-  
 untergang blicken. . . . Von Helmi hatte ich eine ausführliche  
 Karte mit der Reisebeschreibung. Vielen, vielen Dank auch  
 für Hoelderlin. Aber Sie müssen nicht so mit dem Geld für  
 mich schmeißen, das ist mir eine Pein. Auch für alle guten  
 Sachen und die Widien herzlichsten Dank. Schreiben Sie bald,  
 dann kriegt ich es vielleicht noch in diesem Monat. Ich drücke  
 Ihnen fest und warm die Hand. Bleiben Sie tapfer und  
 lassen Sie sich nicht niederdrücken. Ich bin in Gedanken bei  
 Ihnen. Grüßen Sie vielmals Karl und die Kinder.

Ihre Rosa.  
 Pierre Loti ist wunderbar, die anderen habe ich noch  
 nicht gelesen.

Aus Wronke. Wronke, 24. 8. 1916.

Liebe Sonitschka, daß ich jetzt nicht bei Ihnen sein kann!  
 Die Sache trifft mich schwer. Aber, bitte, behalten Sie den  
 Kopf oben, manches wird schon anders, als es jetzt aussieht.  
 Jetzt müssen Sie aber fort — irgendwo ans Land,  
 ins Grüne, wo es schön ist und wo sie Pflege finden. Es  
 hat keinen Sinn und Zweck, daß Sie jetzt weiter hier sitzen  
 und immer mehr herunterkommen. Als zur letzten Instanz  
 können wieder Wochen vergehen. Bitte, gehen Sie sobald  
 wie irgend möglich. . . . Für Karl wird es sicher auch eine  
 Erleichterung sein, wenn er Sie auf Erholung weh. Tausend  
 Dank für Ihre lieben Zeilen vom 10. und für die guten  
 Gaben. Sicher werden wir nächstes Frühjahr zusammen im  
 Feld und im Botanischen herumstreifen, ich freue mich jetzt

\*) Diese Karte wurde geschrieben an dem Tag, an dem Karl  
 Liebknecht in zweiter Instanz zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt  
 wurde. (D. S.)

ich darauf. Aber jetzt gehen Sie fort von hier, Sonitschka!  
 Können Sie nicht zum Bodensee, damit Sie ein bisschen den  
 Säben spüren!? Bevor Sie gehen, möchte ich Sie unbedingt  
 sehen, machen Sie eine Eingabe in der Kommandantur.  
 Schreiben Sie bald wieder eine Zeile. Bleiben Sie ruhig  
 und heiter trotz alledem! Ich umarme Sie.

Für Karl tausend herzliche Grüße. R.  
 Die beiden Karten von Helmi und Bobbi habe ich er-  
 halten und mich sehr gefreut.

\* \* \*  
 Wronke, 21. 11. 16.

Meine geliebte kleine Sonitschka,  
 ich erfuhr von Mathilde, daß Ihr Bruder gefallen ist,  
 und bin ganz erschüttert von diesem Schlag, der Sie wieder  
 traf. Was müssen Sie alles in der letzten Zeit ertragen!  
 Und ich kann nicht einmal bei Ihnen sein, um Sie ein wenig  
 zu erwärmen und aufzubettern! . . . . Auch bin ich unruhig,  
 um Ihre Mutter, wie sie dieses neue Leid ertragen wird.  
 Das sind böse Zeiten, und wir haben alle eine lange Verläuf-  
 liche im Leben zu verzeichnen. Jeder Monat kann jetzt wahr-  
 haftig wie bei Sebastopol für ein Jahr zählen. Hoffentlich  
 kann ich Sie recht bald sehen, ich sehne mich danach von  
 ganzem Herzen. Wie haben Sie die Nachricht von Ihrem  
 Bruder erhalten, durch die Mutter oder direkt? Und was  
 hören Sie von dem anderen Bruder? Ich wollte Ihnen so  
 gern durch die Mathilde etwas schreiben, habe aber hier leider  
 gar nichts, als das kleine bunte Täschlein; lassen Sie's nicht  
 aus; es sollte Ihnen nur sagen, daß ich Sie sehr liebe.

Schreiben Sie bald eine Zeile, damit ich sehe, in welcher  
 Verfassung Sie sind. Grüßen Sie tausendmal Karl.

Ich umarme Sie herzlich  
 Ihre  
 Rosa.  
 Den Kindern viele Grüße! (Schlußwort folgt.)

Der Bücher.

Die „Breslauer Zeitung“ meldet:

Ueber die hohen Fleisch- und Kartoffelpreise herrscht auch in der Girsberger Gegend unter den Konsumenten eine ziemliche Erregung. Es haben Verhandlungen zwischen den Landwirten, Fleischern und Vertretern der Konsumenten stattgefunden...

Eine kommunistische Zeitung

in Gleitwitz. In den nächsten Tagen soll für den oberschlesischen Industriebezirk eine kommunistische Zeitung erscheinen. Ihr Inhalt wird zweisprachig sein, auch ihr Titel, der lautet: „Gyromy Standard“ und „Knie Fahne“.

Soziales.

Breslau, den 27. Oktober.

Mitgliederversammlung.

Am Montag fand in den „Eisenfäden“ die Mitgliederversammlung der Breslauer Ortsgruppe statt. Niemand hat Bestehen der Partei ist eine Mitgliederversammlung so gut besucht gewesen.

Genosse Scholz-Landeshut gab Bericht vom Halleischen Parteitag und anschließend an seine Berichterstattung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

Die am 25. Oktober 1920 in den „Eisenfäden“ tagende Mitgliederversammlung der U. S. P. Breslau nahm durch Referat des Genossen Scholz-Landeshut Kenntnis von dem Inhalt des Parteitagbeschlusses bezüglich Annahme der Aufnahmebedingungen der 3. Internationale und gelobt, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß der Sinn dieser Bedingungen durch praktische Arbeit in der Partei und für die Weltrevolution erfüllt werde.

Nachdem Genosse Gruschwitz dem Genossen Scholz den Dank der Breslauer Ortsgruppe für seine vorzügliche Berichterstattung ausgesprochen hatte, wurden einige Anträge erledigt, von denen folgender einstimmig angenommen und zur Veröffentlichung bestimmt wurde:

Antrag.

Jeder Genosse der U. S. P. B., der der 3. Internationale angehört, ist unbedingt verpflichtet, die „Schlesische Arbeiter-

Zeitung“ zu halten und zu lesen. Antrag ist in der Zeitung und in den Distrikten bekannt zu machen.

Breslau, den 28. Oktober 1920.

Besonders interessant waren folgende Feststellungen: Die U. S. P. D. Schlesien hat von 28 Kreisleitungen 8, die Ortsgruppe Breslau hat einen Distrikt durch Uebertritt zu den menschwirtschaftlichen Diktatoren verloren. Seitdem die Reinigung der Partei vollzogen ist, begannen die Neuaufnahmen sich wieder zu mehren. Alle diese neuen Mitglieder erklären, sie hätten den Uebertritt nicht eher vollziehen können, bis sie die Gewissheit hätten, daß die Partei sich grundsätzlich von der S. P. D. unterscheidet und daß sie bereit und fähig sei, alle, die Haltung der Partei schwankend und unklar machenden Elemente aus sich zu entfernen.

Alle Mitglieder der Verlagsgenossenschaft, die auf dem Boden der kommunistischen Internationale stehen, haben Montag, den 1. November, abends 7 1/2 Uhr, im Parteilokal zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. S. A.: Siebischwager.

Er entlarvt sich selbst.

Die „Volkswacht“ enthält unter der Ueberschrift: „Das Ende des Radikalismus“ eine Notiz, die sich allerdings nicht mit dem Ende des Radikalismus, aber dafür mit dem eines Radikalismus beschäftigt. Wir wollen unseren Lesern einen Genuß bereiten und drucken sie wörtlich ab:

„Gelegentlich einer U. S. P.-Debatte im Sozialdemokratischen Verein kennzeichnete Genosse Daxj seinerzeit den Entwicklungsgang der Ueberkaditalen dahingehend, daß sie am Ende zu harmlosen Sammlern von Käfern und Schmetterlingen würden und für die Politik ganz verloren wären. Hier ein Beispiel für die Richtigkeit dieser Einschätzung:

U. S. Müller schreibt uns einen längeren Artikel: „Gruschwitz, der „Sozialkommunist“, der zwar Herrn Gruschwitz ganz richtig kennzeichnet, den wir aber trotzdem nicht abdrucken, weil es sich nicht lohnt, wegen des Herrn Gruschwitz den Namen der „Volkswacht“ zu verdrängen. Viel wichtiger ist uns ein Satz, der zeigt, wo U. S. Müller angelangt ist und wo auch andere seinerzeitigen bald angelangt sein werden. Er sagt: „Ich bedauere es heute, daß ich im April nicht tat, was ich jetzt tun werde, mich dem politischen Leben fernhalten, so lange, bis die Arbeitererschaft wieder eine geschlossene Kampftruppe gegen den Kapitalismus bildet.“

Wir vermuten, daß mancher, der heute so denkt, nachdem er im radikalen Lager die traurigsten Erfahrungen gemammelt hat, nie wieder dazu kommen wird, sich politisch zu betätigen. Deshalb reiben sich auch die Kapitalisten so vergnügt die Hände über den Radikalismus und die Radikalen.“

Wir erwähnen aus für die aus dem politischen Leben Ausscheidenden und haben in den „Breslauer Klauen Nachrichten“ folgendes Inserat gefunden:

Für eine größere Mühle in der Provinz, werden zum baldigen Antritt gesucht: 1 zuverlässiger, treuer, deutschsprachiger, Nachtwächter, 2 junge Müllergehilfen, 1 Maschinenführer.

Bewerbungen und Angabe der Lohnforderungen unter N 3828 Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nun, wie wäre es mit dem deutschnationalen Nachtwächter?

Alfons Goldschmidt in Breslau!

Achtung! Arbeiter! Betriebsräte! Gewerkschaftler!

Am Freitag, den 29. d. Mts., 7 Uhr abends, findet eine öffentliche Versammlung im Saal des Restaurants „Kronprinz“, Westendstraße 52, statt, in der Dr. Alfons Goldschmidt-Berlin einen Vortrag über den wirtschaftlichen Aufbau in Sowjet-Rußland hält. Dieser Finanzpolitiker ist uns als Verfasser vieler

Bücher, unter anderem „Moskau 1920“ sowie des Wirtschaftsbuches über Sowjet-Rußland bekannt. Der Abend wird für die gesamte Bevölkerung Breslaus sehr lehrreich sein. In alleinstehenden Linien sollten die Betriebsräte zu diesem wichtigen Vortrag erscheinen, da ihnen die Probleme einer Sozialisierung der Betriebe erläutert werden. Gleichzeitig laden wir hiermit sämtliche Behörden, Kommunen, Gewerkschaften und alle, die ein Interesse an Sowjet-Rußland haben, ein.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kriegsteilnehmer!

Donnerstag, den 4. November, abends 7 Uhr, große öffentliche Versammlung im Schloßverder. Referent: Carl Lieder-Berlin vom Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten. Thema: „Die Stellung der Organisationen zum Reichsversicherungs-gesetz und zur Internationale.“ Kriegsopfer, Leidensgenossen und Leidensgenossinnen, erscheint in Waffen. Der Internationale Bund der Kriegsopfer (Ortsgruppe Breslau).

Berichtigung.

Unter dem Aufruf des Ortsrats in Nr. 122 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Oktober 1920 stand infolge eines Druckfehlers der Name Jäschke. In Wirklichkeit soll es heißen: Jäschke. Der Druckfehlerentwurf hat einmal wieder einen bewahren „Rechtler“ zum Ortsrat der linken U. S. P. machen wollen. Der Ortsrat.

Sozialistischer Lehrerverein.

Nächste Sitzung Freitag, den 29. Oktober 1920, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus. Ernst Gaertig.

Fahrtpreiserhöhung der Straßenbahn

Siehe Bekanntmachung im Inseratenteil dieser Nummer.

Die Kartoffelpreise.

Von dem Ernährungsausschuss beim Oberpräsidium wurde folgendes mitgeteilt: Die hiesige Stadtkartoffelstelle macht darauf aufmerksam, daß manche Teile der Bevölkerung die in den letzten Veröffentlichungen angegebenen Erzeugerpreise für Kartoffeln als die Preise ansehen, zu welchen in Breslau beim Kleinhandel Kartoffeln abgegeben werden sollen, und daß die Bevölkerung daher mit der Eindeckung ihres Winterbedarfes warte, bis die Kartoffeln zu solchen Preisen im Kleinhandel zu haben seien. Die Stadtkartoffelstelle bittet daher darauf hinzuweisen, daß zwischen Erzeugerpreis und Abgabepreis im Kleinhandel naturgemäß infolge der Kosten für Fracht, Ueberschuldung und sonstigem Verlust, sowie für Handelsunkosten ein Unterschied bestehen muß. Bei Begründung des Erzeugerpreises von 24,- bis 25,- Ml. werde sich in ansehnlicher Höhe die Unkosten der Kleinhandelspreise in hiesiger Stadt auf 30,- bis 32,- Ml. stellen.

Diese Ausführungen erscheinen durchaus zutreffend. Auf die Möglichkeit der Verbilligung durch Zusammenlegung der Verbraucherverbände und mögliche Einschränkung des Zwischenhandels im Wege unmittelbarer Bestellung und Abnahme größerer Mengen für Verbraucherverbände bei der freien Kartoffelvermittlungstelle ist in den früheren Veröffentlichungen bereits hingewiesen, und es kann dies nochmals dringend empfohlen werden. Es wird wegen der drohenden Großkaufzeit, daß die Bevölkerung ihren Winterbedarf jetzt baldigst einkauft.

Stenographie.

Unterricht in Stenographie wird gewissenhaft in allen Dingen, in Kurzen und brieflicher Art durch den Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bund, System „Mendel“, erteilt. Anfragen richtet man an die Gauleitung: F. Birnbach, Breslau, Giesener Straße 7.

Freigabe des losen Seifenpulvers.

Loses Seifenpulver für Wäschereien und technische Betriebe durfte bisher nur gegen Bezugsscheine abgegeben werden. Diese Bezugsscheinplicht ist nach Mitteilung der Eisenherstellungs- und Vertriebs-Gesellschaft auf Grund einer Verfügung des Reichswirtschaftsministers aufgehoben worden, so daß auch das lose Seifenpulver nunmehr von den Seifenfabriken in jeder beliebigen Menge frei abgegeben werden wird.

Berantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinzielles: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Soziales: Erich Kunitz; für Inserate Fritz Ulrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater. Mittwoch 7 Uhr: Die Fledermaus.

Jobst-Theater. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Horatienkettchen.

Chailo-Theater. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Schlafwagenkontrolleur.

Schauspielhaus. Dreydenstraße 21. Di. 20.45. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Jamn 48. Die Frau im Hermelin.

LIEBICH-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: der große Erfolg des Wiener-Programms.

Über-Bayern. In hoch feierlicher Münchener Oktoberfeste Original-Oberländer. Dr. H. Lettmayr. Anfang 6 Uhr.



Zirkus Busch

Heute Mittwoch. Ring: Bahn.

Westergaard-Schmidt.

Wettmeister Matschke.

Birkholz.

Apollon.

Coburg.

Brandbekämpfung.

Schwarzhauser.

Letto.

Flucht.

Schwarzhauser, welcher sich am Montag durch eine Klammerschlinge in seiner Verkleidung in einem Versteck versteckt hatte, hat Letztens bemerkt, daß er in der Kammer sich mit dem Schatz vertheilt. Schwarzhauser beschloß, dies Letztens nicht zu lassen, so beschloß er, die Kammer zu betreten, um den Schatz zu beschlagnahmen.

St. Hubertus. Frische Wildschmaus. Heute Mittwoch. Der wilde Mann. Öffentliches Tanz. Wiener Musik. E. Neldner.

Franco.

Sorgesfrei.

Bücherei.

Buchmann.

Kranke.

Achtung! Wo?

Gammi-waren.

Inferate.

Die Zeit ist da! Die Abende werden länger, die Luft ist kühler geworden, der Winter naht. Jetzt beginnt die Zeit, wo die Lampe ihrer Herrschaft im Hause ausübt, wo jeder nach Licht und Wärme verlangt, um sein Wissen zu bereichern, seine Bildung zu erlangen. Jetzt greift man mit größerem Interesse als in den warmen Monaten nach der Zeitung, die eine Übersicht des öffentlichen Lebens darstellt. Welche Zeitung sollen wir lesen? Nur eine Zeitung, die unsere Interessen vertritt. In das Haus des Angestellten und Arbeiters gehört die radikale Arbeiterpresse! Jetzt mag überall eine umfassende Zeitungsgeneration stattfinden. Jedem Partei- und Gewerkschaftsgenossen ist Selbsten geboten, für die Ideale der Arbeiterbewegung werbend tätig zu sein. Niemand darf hinstehen und sagen: „Mir geht es nicht an!“ Auf jeden Einzelnen kommt es an! Niemand darf geschweigen! Je mehr Leser zur Seite sind, desto besser wird der Kampf des Einzelnen an der Sozialarbeit. Darum auf, Genossen, zur Agitation für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Bekanntmachung.

Vom 1. November 1920 ab beträgt der Fahrpreis a) an Wochentagen für die einfache Fahrt innerhalb der Zahlgrenzen 50 Pf. darüber hinaus 70 Pf. Ansteigerfahrten innerhalb der Zahlgrenzen 60 Pf. darüber hinaus 80 Pf.

b) an Sonn- und Feiertagen nur einfache Fahrten ohne Umsteigerberechtigung innerhalb der Zahlgrenzen 60 Pf. darüber hinaus 80 Pf.

Für größere Gepäckstücke und für Hunde werden die gleichen Fahrpreise wie für die zugehörigen Personen erhoben.

Kartoffelkarten werden nach dem 30. Oktober 1920 nicht mehr ausgeben; sie berechnen vom 1. November 1920 ab nicht mehr zur Fahrt, werden aber bis zum Ende des Monats 1920 in unserer Zahlstelle nach im Verlehrsverkehr Gebr. Bauisch abgegeben.

Bei Benutzung von Umsteigerfahrtscheinen dürfen jedoch zur Erlangung der Anschlusskarte folgende Fahrwege, auch in umgekehrter Richtung, zurückgelegt werden: Zwischen Christophorusplatz und Albrechtstraße durch die Poststraße, von Linie 6 auf 1 und 21; zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Bohrerer Straße durch die Coburgstraße, von Linie 2 auf Linie 6, aber in Richtung nach Süden, zwischen Klosterstraße und Albrecht-Ufer durch die Feldstraße, von Linie 5 auf 1 und 21, zwischen Gardestraße und Leßingplatz, von Linie 7/8 auf 16 und 22/23, am Berliner Platz zwischen Linie 7/8 auf 16 und 22/23.

Bekanntmachung der städt. Straßenbahn.

U. S. P. D. Ortsgruppe Siegnitz.

Gyandeb, den 20. Oktober 1920, abends 7 Uhr.

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.

Tagesordnung: 1. Ueberprüfung vom 8. Quartal 1920. 2. Berichterstattung vom Bezirk-Bericht in Siegnitz. 3. Wahl der Delegierten zum Bezirk-Kongress. 4. Beschlüsse des Kongresses auszuführen. Der Vorstand.